



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An die Landrätin
des Rhein-Kreises Neuss
Frau Katharina Reinhold
Kreisverwaltung

23. April 2026

Antrag für die Sitzung des Kreisausschusses am 29.04.2026

Prüfung interkommunaler Kooperationsmöglichkeiten bei der Planung von Kreisleitstelle und Bevölkerungsschutzzentrum

Sehr geehrte Frau Reinhold,

die Fraktionen von CDU und FDP bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Kreisausschusses am 29.04.2026 zu setzen.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Antrag:

Die Verwaltung wird gebeten, im Zuge der laufenden Planungen für eine neue Kreisleitstelle und ein Bevölkerungsschutzzentrum im Rhein-Kreis Neuss ergänzend zu den bisherigen Standort- und Strukturprüfungen auch interkommunale Kooperationsmöglichkeiten systematisch zu prüfen und hierzu Gespräche mit benachbarten Gebietskörperschaften zu führen.

Die Verwaltung wird gebeten darzustellen, welche Auswirkungen die derzeit auf Bundes- und Landesebene geführte Reformdiskussion zur künftigen Leitstellenstruktur auf die Planungen im Rhein-Kreis Neuss haben könnte. Dabei soll insbesondere geprüft werden, ob und inwieweit mögliche Veränderungen bei den strukturellen Vorgaben oder empfohlenen Versorgungsgrößen für Leitstellen, Einfluss auf Konzeption, Dimensionierung, Flächenbedarf, Ausbaufähigkeit und Kooperationsoptionen der Kreisleitstelle und des geplanten Bevölkerungsschutzzentrums haben. Gegenstand der Prüfung sollen auch sein:

Mögliche Synergien bei Ausbildung und Übung, die gemeinsame Nutzung oder arbeitsteilige Organisation einzelner Funktionsbereiche, insbesondere von Schulungsräumen, Stabsräumen und Spezialinfrastruktur, die Abstimmung technischer Standards und digitaler Schnittstellen sowie die Prüfung interkommunaler Lösungen bei ergänzenden Nutzflächen und einzelnen Teilfunktionen, soweit hierdurch die Einsatzfähigkeit, Führungsfähigkeit und Reaktionszeiten des Rhein-Kreises Neuss nicht beeinträchtigt werden.

Die Ergebnisse sind in den weiteren Planungsprozess einzubeziehen und dem Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz sowie dem Kreistag in geeigneter Form darzustellen.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Begründung:

Der Rhein-Kreis Neuss steht vor einer richtungsweisenden Entscheidung beim Aufbau einer neuen Kreisleitstelle und eines modernen Bevölkerungsschutzzentrums. CDU und FDP begrüßen ausdrücklich, dass Landrätin Katharina Reinhold dieses Vorhaben mit hoher Priorität vorantreibt.

Gerade angesichts des erheblichen Investitionsvolumens ist es geboten, die Planungen nicht ausschließlich kreisintern zu betrachten, sondern frühzeitig auch regionale Kooperationsmöglichkeiten einzubeziehen. In der Region bestehen vergleichbare Entwicklungen und Erfahrungen, die genutzt werden können, um Strukturen sinnvoll aufeinander abzustimmen, Doppelvorhaltungen zu vermeiden und wirtschaftliche Synergien zu erschließen, ohne die Leistungsfähigkeit des Rhein-Kreises Neuss einzuschränken.

Hinzu kommt, dass die aktuelle Reformdebatte im Rettungswesen und bei den Leitstellen eine zusätzliche strategische Prüfung erforderlich macht. Das Bundeskabinett hat am 22. April 2026 einen Gesetzentwurf zur Reform der Notfallversorgung beschlossen, der auf stärkere Vernetzung, digitale Steuerung und eine bedarfsgerechtere Organisation der Notfallversorgung abzielt. Bereits zuvor hatten die Ersatzkassen in Nordrhein-Westfalen deutlich schlankere Leitstellenstrukturen gefordert und sich auf Empfehlungen bezogen, wonach die Koordinierung des Rettungsdienstes stärker gebündelt werden sollte. Zugleich sieht das Rettungsgesetz NRW bereits heute nachbarliche Hilfe zwischen Leitstellen vor, sofern die Wahrnehmung der eigenen Aufgaben nicht wesentlich beeinträchtigt wird.

Vor diesem Hintergrund ist es sachgerecht, die Planungen für die Kreisleitstelle und das Bevölkerungsschutzzentrum so auszurichten, dass sie nicht nur den heutigen Bedarf abbilden, sondern auch auf mögliche strukturelle Veränderungen vorbereitet sind. Zu prüfen ist daher, ob einzelne Funktionen gemeinsam oder arbeitsteilig organisiert, ergänzende Einrichtungen interkommunal genutzt und technische sowie organisatorische Standards frühzeitig abgestimmt werden können.

Ebenso ist zu bewerten, ob die bisherigen Überlegungen zur Leitstelle und zu flankierenden Infrastrukturbedarfen vor dem Hintergrund möglicher größerer Versorgungszuschnitte angepasst werden sollten.



Freie
Demokraten



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Ziel des Antrags soll ausdrücklich nicht sein, die laufenden Planungen zu verzögern, sondern sie strategisch zu ergänzen und zukunftsfest auszurichten. Die gemeinsame Initiative von CDU und FDP verbindet damit den Anspruch, den Bevölkerungsschutz im Rhein-Kreis Neuss nachhaltig zu stärken und zugleich verantwortungsvoll mit öffentlichen Mitteln umzugehen.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Wappeschmidt
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss

Markus Schumacher
Vorsitzender der
FDP-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss